

BULLETIN N°90 – März 2025

Botschaft des FMA-Präsidenten

Sehr geehrte Mitglieder,

durch den Krieg in der Ukraine sind Sicherheit und Verteidigung in den Vordergrund der Prioritäten der Europäischen Union gerückt. Während sich die geopolitische Landschaft verändert, muss sich Europa an neue Gegebenheiten anpassen und sein Engagement für Frieden, Stabilität und den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger stärken. Diese Zeiten erfordern einen einheitlichen und strategischen Ansatz, mit dem sichergestellt wird, dass die EU sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch auf der Weltbühne eine unnachgiebige Hüterin ihrer Werte – Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Menschlichkeit – bleibt.

In dieser Ausgabe des Bulletins werden wir diese drängenden Themen behandeln und eingehende Analysen und Überlegungen zu den Herausforderungen und Chancen durchführen bzw. anstellen, vor denen die EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung steht. Zu unseren Mitwirkenden gehören Josep Borrell, ehemaliger Vizepräsident der Kommission / Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments sowie alle Vortragenden bei dem jährlichen Seminar unseres Vereins der ehemaligen Mitglieder (VEM) zum Thema „Sicherheit und Verteidigung der EU: Neue Bedrohungen und Strategien für eine widerstandsfähige Zukunft“. Die Hybrid-Veranstaltung fand am 4. Dezember 2024 im Europäischen Parlament in Brüssel statt.

Ich möchte allen VEM-Mitgliedern für ihre aktive Beteiligung an den jährlichen Veranstaltungen des VEM sowie am Besuch des VEM in Polen vom 26. bis zum 28. März 2025 danken. Die Delegation wird konstruktive Gespräche mit Vertretern der polnischen Behörden führen, deren Schwerpunkt auf den Prioritäten und Herausforderungen des derzeitigen polnischen EU-Ratsvorsitzes liegen wird. Ausführliche Berichte mit weiteren Einblicken in den Besuch des VEM in Polen und die Jahrestagung, die am 20. und 21. Mai 2025 in Brüssel stattfinden wird, werden in der Juni-Ausgabe des Bulletins enthalten sein. Die Reise nach Polen ist von besonderer Bedeutung, da wir auch der Befreiung des deutschen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers in Auschwitz gedenken werden, die sich in diesem Jahr zum 80. Mal jährt. Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, hielt während der außerordentlichen Plenarsitzung am 29. Januar 2025 in Brüssel eine ergreifende Rede, um des Holocaust zu gedenken. Vor einem Publikum von Holocaust-Überlebenden und Vertretern jüdischer Gemeinschaften sowie Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) und weiteren Würdenträgern bekräftigte sie die Pflicht Europas, niemals zu vergessen.

Am 20. Mai 2025 findet die jährliche Gedenkfeier im Europäischen Parlament statt, bei der wir unserer geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die im vergangenen Jahr verstorben sind, gedenken werden. Die erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Sabine Verheyen, wird während der Zeremonie die verstorbenen ehemaligen Mitglieder des Parlaments würdigen. Im Anschluss an die Gedenkfeier findet ein Abendessen mit Diskussion statt. Der VEM wird am 21. Mai 2025 seine Jahreshauptversammlung abhalten – ein entscheidender

Moment für den Verein, um sich über die bisherigen Errungenschaften auszutauschen, künftige Prioritäten festzulegen und sein Netzwerk zu stärken. Wir hoffen, viele neue Mitglieder begrüßen zu dürfen.

Darüber hinaus freue ich mich, unsere laufende Zusammenarbeit mit Vereinigungen ehemaliger Abgeordneter in Übersee hervorheben zu können. Am 27. Januar 2025 haben wir in Zusammenarbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten eine politische Veranstaltung mit dem Titel „2024: Lessons Learned From the Year of Elections“ (2024: Was wir aus dem Wahljahr gelernt haben) abgehalten. Die Diskussion verschaffte uns wertvolle Einblicke in die Neugestaltung der globalen politischen Landschaften durch die Wahlen im Jahr 2024, die zentralen Veränderungen in der neuen Weltordnung sowie die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen und die globale Ordnungspolitik. Darüber hinaus wird im April 2025 eine Delegation der Canadian Association of Former Parliamentarians (CAFP) nach Italien reisen, um den Dialog zu fördern und die transatlantischen parlamentarischen Beziehungen durch ein von unserer Vizepräsidentin Monica Baldi koordiniertes Programm zu stärken. Unter anderem findet am 2. April eine mit Unterstützung des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments organisierte politische Veranstaltung in der Europa Experience in Rom statt, und am 7. April 2025 wird die AAD in Zusammenarbeit mit der School of Transnational Governance eine spezielle Hybridveranstaltung am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz organisieren. Die Juni-Ausgabe wird einen Bericht über den gesamten Besuch und die Veranstaltungen enthalten.

Wir wissen die anhaltende Begeisterung und Unterstützung für das Programm „European Parliament to Campus“ sehr zu schätzen. Im Jahr 2025 wird die globale Reichweite des Programms weiter ausgebaut, wobei unter anderem Veranstaltungen an der Universität Setsunan in Japan, der Universität Porto in Portugal und der Nationalen Technischen Universität Luzk in der Ukraine geplant sind. Ziel dieser Initiativen ist es, den Studierenden wertvolle Einblicke in den globalen Einfluss der Europäischen Union zu geben und fundierte Diskussionen zu fördern. Unsere dauerhaften Partnerschaften mit Einrichtungen wie dem Jean-Monnet-Haus und dem EHI spielen nach wie vor eine entscheidende Rolle dabei, das Programm zu stärken und seine internationale Reichweite auszubauen.

Ich rufe alle unsere Mitglieder dazu auf, im Rahmen unserer verschiedenen Initiativen und Anstrengungen weiterhin aktiv daran mitzuwirken, die Einheit der EU zu fördern und die parlamentarische Demokratie zu stärken.

Ich möchte mich herzlich bei allen bedanken, die zu dieser Ausgabe des Bulletins beigetragen haben.

Mit herzlichen Grüßen



Klaus Hänsch, Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

2024: Lehren aus dem Wahljahr – Online-Podiumsdiskussion mit ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und des Kongresses.

Eine Woche nach der Inauguration von President D. Trump haben 4 Panellisten Kathy Mannings (Dem.), Dennis Ross (Rep.), Ana Gomez (EP/E), und G.Quisthoudt-Rowohl (EP/G) unter der Moderation von Sudha David-Wilp (German Marschall Fund of the US) einen Rückblick auf das turbulente Wahljahr 2024 skizziert.

Um welchen Wahlen handelte es sich? Der Wahl zum Europäischen Parlament folgten unter vielen anderen eine unerwartete Wahl der Assemblée Nationale in Frankreich, eine angekündigte Wahl in Deutschland (hat dann am 23.2.2025 stattgefunden) und der Wahl in USA.

Die Diskutanten stellten einmütig fest: es ist nichts eindeutiger geworden als es vorher war. Hier folgen einige teilweise kontrovers diskutierte Aussagen:

- Wie kommt die Entfremdung zwischen den Bürgern und der Politik und was ist dagegen zu tun?
 - Bildung, vor allem Bildung zur Demokratie wurde vernachlässigt.
 - In der Welt der neuen Kommunikation sind die Möglichkeiten der Beeinflussung der Menschen – insbesondere der Jugend – vielfältiger, anonymer und weniger kontrollierbar geworden.
 - Auch in der EU beobachtet man einen Drift nach rechts, der wenigstens zum Teil demokratische Prinzipien in Frage stellt.
 - Die Kluft zwischen „arm und reich“ und das Gefühl, das der Staat keine Sicherheit mehr bietet, führen zu sozialen Unruhen.
 - Das geopolitische Gleichgewicht, auf das wir uns seit etwa 80 Jahren verlassen ist aus den Fugen geraten und noch nicht durch eine andere neuere Ordnung ersetzt.
 - Die Demokratie steht vor einer Bewährungsprobe, sie muss jetzt liefern.
 - Der Ruf nach „einfachen, verständlichen Lösungen“ ist auf beiden Seiten der Atlantik laut.
- Diese Liste ist weder exhaustiv noch nach Prioritäten geschrieben.

Sie gibt einen Überblick des lebhaften und offenen Meinungs-austausches wieder wobei auffiel, dass alle Panellisten sehr ausgewogen aber auch abwartend in ihren Aussagen waren.

Dass diese Veranstaltung so kurz nach der Inauguration des neuen Präsidenten stattgefunden hat sendet eine sehr positive Botschaft und liefert den Beweis, dass es nach wie vor eine Menge Gemeinsamkeiten zwischen der EU und den USA gibt.

Im Jahr 2024 wurde auf vielen Ebenen gesucht und überlegt, wie, man nach der Abschottung in der Covid-Zeit und mit Blick auf die veränderte geopolitische Lage diese Gemeinsamkeiten wiederbeleben könnte. Think Tanks, Organisationen für transatlantische Beziehungen, aktive und ehemalige Politiker und Beamten reflektieren, diskutieren und ringen um Lösungsvorschläge. Funktionierende transatlantische Beziehungen aufrecht zu halten und fort zu schreiben ist allerdings eine Geschichte ohne Ende. So hat der EPRS in Juni 2021 die Studie „Harnessing the new momentum in transatlantic relations. Potential areas for common action during the Biden presidency“, herausgegeben. Sie ist auch noch in 2025 nach dem Wechsel des Präsidenten nicht vollständig veraltet und enthält viele brauchbare Vorschläge.

Wir Europäer müssen einige Paradigmenwechsel akzeptieren: Die USA sind nicht mehr unbedingt Verbündete aber auch Mitbewerber gegenüber Drittmächten, allen voran China; die BRICS Staaten erkämpfen sich mehr Einfluss und das Model „Globalisierung und

Arbeitsteilung auf Weltebene“ wackelt stark. Der Ruf nach mehr Autarkie (zum Beispiel bei Sicherheit und Verteidigung, Lebensmittelproduktion, Entwicklung neuer Technologien) wird lauter. Diese Aufgabe ist nur zu lösen, wenn wir die Energie und den Mut finden, dringend unsere Institutionen zeitgemäß zu reformieren
Die Kraft unserer Ideen, unsere „soft power“ ist mehr denn je gefragt.

p.s. Dieser Artikel beschreibt nur eine grobe Momentaufnahme und kann nicht auf einzelne spezifische Punkte eingehen. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl

Versammlung des Rates und Jahreshauptversammlung der FP-AP in Brüssel

Am 21. Februar 2025 traten in Brüssel der Rat und anschließend die Versammlung der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Legislativorgane der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) unter dem Vorsitz von Filippo Lombardi, ehemaliger Vorsitzender des Schweizer Senats, zusammen. Ich selbst nahm an diesen Versammlungen zusammen mit meinem Kollegen Miguel Ángel Martínez als Vertreter des VEM teil.

Nach der satzungsgemäßen Billigung des Jahresabschlusses für 2024 und des Haushaltsplans für 2025 wurde genehmigt, dass die nächste Versammlung des Rates am 22.–24. Mai in Zypern und das Kolloquium-2025, das alljährlich von der Vereinigung organisiert wird, am 18.–20. September in Saint Malò in der Bretagne (Frankreich) stattfindet. Dabei soll es um die Herausforderungen für die Ozeane und deren wichtige Rolle als Lebensquelle und Klimaregler für die Erde gehen. Andorra bot sich der Versammlung als Gastgeber für die nächste Versammlung des Rates an.

In der Versammlung selbst wurde auch über den Antrag der Versammlung der ehemaligen Mitglieder des ukrainischen Parlaments auf Beitritt zur FP-AP und über das jüngste Kriegsgeschehen in der Ukraine diskutiert.

Bei der äußerst interessanten Debatte boten die ehemaligen ukrainischen Abgeordneten, die zu der Versammlung eingeladen worden waren, Informationen aus erster Hand über die Lage in der Ukraine und die Aussichten auf die baldige Erzielung von stabilem und dauerhaftem Frieden.

Alle, die sich an der Debatte beteiligten, erklärten einhellig ihre Solidarität mit der Ukraine, beklagten jedoch, dass nicht alle europäischen Länder im Hinblick auf einen Verhandlungsprozess geeint sprechen und handeln können, der einen Waffenstillstand und später dauerhaften Frieden zwischen der Ukraine und Russland herbeiführen könnte, was ein wesentlicher Schritt zur Gewährleistung langfristiger Sicherheit in ganz Europa ist.

Im Einklang mit den Äußerungen der europäischen Staats- und Regierungschefs, die wir im VEM vertraten, erklärten wir, dass es unumgänglich sei, dass in den Friedensverhandlungen sowohl die Ukraine als auch die EU vertreten sind.

Dann ging es um das Interesse Donald Trumps für die beträchtlichen Vorkommen seltener Erden und kritischer Rohstoffe in der Ukraine, da derzeit sein Konkurrent China führend beim Abbau wie auch bei der Verarbeitung dieser wertvollen Elemente ist und das globale Angebot beherrscht. Die Abhängigkeit der EU von China bei diesen Rohstoffen ist für die Trump-Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch mit Blick auf die nationale Sicherheit Anlass zu Besorgnis.

Daher könnten die USA anscheinend daran interessiert sein, ein Abkommen auszuhandeln, mit dem sie der Ukraine ständige Unterstützung im Kampf gegen Russland zusagen und als Gegenleistung einen Teil des wertvollen natürlichen Reichtums der Ukraine erhalten würden. Momentan jedoch bietet Trump Präsident Selenskyj nicht ausreichend Sicherheitsgarantien.

Außerdem hieß es, dass Washington sich absichern wolle, dass ein etwaiges Abkommen mit der Ukraine Vorrang vor den Verpflichtungen hat, die das Land möglicherweise gegenüber anderen Verbündeten einschließlich der EU hat und an denen es außerhalb der Verhandlungen über das Abkommen festhalten wollen könnte. Es wurde klargestellt, dass die Ukraine sich bewusst sei, dass der Beitritt zu EU die beste Garantie für die Sicherheit des Landes ist. Außerdem wurde festgehalten, dass die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, zugesagt habe, dass besagter Beitritt sogar noch vor 2030 stattfinden könnte. Ferner bekräftigte die Ukraine ihr Interesse an einem Beitritt zur NATO, da nur so ihr territorialer Schutz deutlich verbessert würde.

Als Vertreter des VEM erklärten wir, dass die seltenen Erden und wesentlichen Rohstoffe auch für die Ziele der EU in Bereichen wie Digitales, Raumfahrt, Verteidigung oder erneuerbaren Energiequellen unverzichtbar seien.

Von den 34 Rohstoffen auf der Liste kritischer Rohstoffe, die im März 2024 als Anhang der Verordnung zu kritischen Rohstoffen vom Europäischen Rat angenommen wurde, besitzt die Ukraine 21, was etwa 5 % der globalen Reserven ausmacht.

Wir legten dar, dass der natürliche Reichtum der Ukraine weder eine Kriegstrophäe noch der Preis sein dürfe, den das Land für den Frieden zahlen muss, und dass jegliche Überlegung in diese Richtung im Gegensatz zu den Grundsätzen und Werten stehe, auf die sich die EU stützt. Wenn diese Rohstoffe unverzichtbar für den Fortschritt der Menschheit seien, müsste vielleicht mit einem umfassenden internationalen Abkommen die nachhaltige und gemeinsame Bewirtschaftung aller Ressourcen der Erde gewährleistet werden.

Außerdem wurde erläutert, dass für Europa eine Unterstützung der Ukraine nicht bedeute, dass die Verteidigungsausgaben der einzelnen Mitgliedstaaten steigen, sondern vielmehr, dass gemeinsam und koordiniert als Europäerinnen und Europäer gehandelt wird.

Abschließend wurde zugesagt, dass seitens der FP-AP weiterhin die Lage in der Ukraine aufmerksam beobachtet werden müsse und dass die Vereinigung durch die Ausübung der parlamentarischen Diplomatie, zu der sie befugt ist, an den Friedensbemühungen mitwirken könne.

Unser Programm in Brüssel endete mit einem interessanten Besuch des Hauses der Europäischen Geschichte im Leopoldpark beim Europäischen Parlament. Unser ehemaliger Präsident des VEM Hans-Gert Pöttering, der von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments war, hatte vorgeschlagen, ein Haus der Europäischen Geschichte zu gründen, das **ein Ort sein sollte, an dem gemeinsam die Erinnerung an die europäische Geschichte und die Arbeit am europäischen Aufbauwerk gepflegt wird, und das allen derzeitigen und künftigen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen sollte, um die Identität Europas weiter zu gestalten. An dem Projekt hatte auch Miguel Ángel Martínez intensiv mitgearbeitet, der damals Vizepräsident des Europäischen Parlaments war und nun Mitglied des Verwaltungsausschusses des VEM ist. Ich gratuliere allen Organisatorinnen und Organisatoren der gesamten Veranstaltung.**

Teresa Riera Madurell

BDIMR-Konferenz, Danzig

Zu meiner Freude durfte ich den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments bei der jährlichen Überprüfung der Wahlbeobachtungstätigkeiten des BDIMR vertreten. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) ist eine internationale Einrichtung, deren Wurzeln in der Zeit der „Détente“, des Auftauens nach dem Kalten Krieg, liegen.

Das BDIMR, das der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) untersteht, überwacht Menschenrechtsentwicklungen und führt Wahlbeobachtungsmissionen in ganz Europa durch.

Viele ehemalige und derzeitige Mitglieder des Europäischen Parlaments haben, genauso wie ich, an solchen Wahlbeobachtungsmissionen teilgenommen. Ich war vor allem im ehemaligen Ostblock tätig, zuletzt in Georgien im vergangenen Jahr.

Die Berichte des BDIMR liefern nützliche und grundlegende Belege zur Überprüfung der Fortschritte bei der Demokratisierung – besonders in Ländern, von denen man durchaus sagen könnte, dass sie sich im Übergang befinden – aber auch zur Überprüfung stabilerer Demokratien.

Die jährliche Überprüfung fand Ende letzten Jahres in Danzig in Polen statt. Es hätte keinen passenderen Veranstaltungsort geben können als das Europäische Zentrum für Solidarität in der ehemaligen Schiffswerft von Danzig. Von dort aus verbreitete sich 1980 der Streik der Werftarbeiter in ganz Polen, wodurch – zum ersten Mal im Ostblock – das Recht geschaffen wurde, wirklich unabhängige Gewerkschaften aufzubauen.

Ich war zu diesem Zeitpunkt zufälligerweise in Polen, weil meine polnische Frau und ich gerade unsere Hochzeit feierten. Aufregung und Ungläubigkeit lagen in der Luft – man konnte kaum fassen, dass die Forderungen der Menschen nach Freiheit gehört wurden.

Es war auch passend, dass die Grundsatzrede von Lech Wałęsa gehalten wurde, der es vom Schiffswerft-Aktivisten bis zum Präsidenten Polens und Friedensnobelpreisträger geschafft hat. Wałęsas Botschaft war eine zeitgemäße Warnung vor dem Aufschwung des nationalistischen Populismus, den wir leider gerade in allen europäischen Ländern und den USA beobachten. In seinem Vortrag sprach Wałęsa aber auch Positives an, denn er betonte, dass Demokratie ein kontinuierlicher Prozess sein müsse und sich nicht darauf beschränke, alle paar Jahre zu wählen.

Dieser Punkt wurde am nächsten Tag bei unserer hervorragenden Führung im Zentrum für Solidarität noch einmal hervorgehoben, als wir daran erinnert wurden, dass die Generationen nach 1980 lernen müssen, dass der demokratische Durchbruch beim Zusammenbruch des Sowjetsystems durch Opferbereitschaft und kollektives Handeln erreicht wurde.

Wie üblich wurde auf der Konferenz darüber gesprochen, welche Lehren aus den Wahlbeobachtungsmissionen gezogen werden können und wie man die Menschen dazu bewegen kann, sich mehr an der Demokratie zu beteiligen.

Berechtigterweise wurden auch Bedenken an den Berichten geäußert, die oft aus Fragebögen mit Listen zum Abhaken bestehen und einen sehr formalen Fokus haben, demzufolge Wahlen „fair“ sind, sobald alle Verfahren ordnungsgemäß eingehalten wurden. Die Anwesenheit von Wahlbeobachtern verhindert zwar offensichtliche Verstöße, aber das bedeutet auch, dass die wahre Korruption, Bestechung und Einschüchterung von Wählern oft vor und nach der Ankunft der Beobachter stattfindet.

Derzeitige Mitglieder des Europäischen Parlaments können als Wahlbeobachter des BDIMR tätig werden, eine Möglichkeit, die von vielen wahrgenommen wurde und wird.

Wir sollten uns überlegen, wie wir auch Angehörige des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments für diese Missionen engagieren können. Das BDIMR bietet Optionen zur Langzeitwahlbeobachtung für mehrere Wochen vor und nach der Wahl. Diese kann von Mitgliedern des Europäischen Parlaments ausgeübt werden.

Das BDIMR bietet aber auch die Möglichkeit zur Kurzzeitwahlbeobachtung, die üblicherweise in der Woche vor der Wahl und während der tatsächlichen Ermittlung des Wahlergebnisses stattfindet. Der Verwaltungsausschuss wird in naher Zukunft in Erwägung ziehen, diese Tätigkeit auch für Angehörige des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu öffnen.

Michael Hindley

Michael hat mehrere Missionen als Kurzzeitwahlbeobachter für die EU und das BDIMR durchgeführt

Ehemalige Mitglieder nehmen an Versailles Model United Nations (VEMUN) 2024 teil

Am 14. und 15. März nahmen Mitglieder der Vereinigung ehemaliger Mitglieder am Versailles Model United Nations (VEMUN) teil, einer angesehenen Simulation der UN-Diplomatie. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von Notre Dame Grandchamp in Versailles und dem Lycée Franco-Allemand in Buc organisiert und brachte begabte und motivierte Schüler aus verschiedenen Schulen zusammen.

Die diesjährige Konferenz bot den jungen Teilnehmern eine umfassende Plattform, um sich an Debatten über drängende globale Fragen zu beteiligen, ihre diplomatischen Fähigkeiten zu verfeinern und ein tieferes Verständnis der internationalen Beziehungen zu erlangen. Die Anwesenheit von vier angesehenen ehemaligen Mitgliedern bereicherte die Diskussionen und ermöglichte es den Schülern, mit erfahrenen politischen Entscheidungsträgern zu interagieren und Einblicke in die reale Welt der Diplomatie zu erhalten.

Tag 1: Eröffnungszeremonie und Engagement der Studenten

Die Konferenz begann mit einer offiziellen Eröffnungszeremonie in Buc, die den Ton für die zweitägige Veranstaltung angab. Während der Zeremonie hielten die vier ehemaligen Mitglieder jeweils eine dreiminütige Rede, in der sie sich an die versammelten Studierenden wandten und auf die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und der Verhandlungen bei der Lösung der aktuellen Herausforderungen hinwiesen.

Im Anschluss an die Reden konnten die Studierenden in einer Fragerunde direkt mit den ehemaligen Mitgliedern ins Gespräch kommen und ihnen nachdenkliche Fragen zu ihren Erfahrungen in der Politik, in europäischen Angelegenheiten und in der internationalen Diplomatie stellen. Die anschließende informelle Gesprächsrunde bot eine entspannte Atmosphäre, in der Studierende und ehemalige Mitglieder Ideen und Perspektiven austauschen und über ihre Ziele diskutieren konnten.

Der Abend endete mit einem gemeinsamen Abendessen, das den Geist der Verbundenheit und des gegenseitigen Engagements zwischen den Studierenden und ihren geschätzten Gästen förderte. Dieses Zusammentreffen bot Gelegenheit zu tieferen, persönlicheren Gesprächen jenseits der Formalitäten der Konferenz und bereicherte die Erfahrungen der Studierenden zusätzlich.

Tag 2: Ausschusssitzungen und Übung zur Krisenbewältigung

Am zweiten Tag nahmen die ehemaligen Mitglieder aktiv an den Ausschusssitzungen teil und tauschten sich mit den studentischen Delegierten über verschiedene internationale Themen aus. Die Ausschüsse befassten sich mit Themen, die von Sicherheit und Menschenrechten bis hin zu Wirtschaftspolitik und Abrüstung reichten.

Jeder Schülerdelegierte vertrat ein bestimmtes europäisches Land und bewies ein lobenswertes Verständnis für den Standpunkt seines Landes zu den anstehenden Fragen. Das Niveau der Vorbereitung war außergewöhnlich hoch. Die SchülerInnen brachten gut recherchierte Argumente vor, verteidigten ihre Positionen mit Selbstvertrauen und verhandelten diplomatisch.

Ein besonders herausfordernder und dynamischer Teil des Tages war die Krisensimulationsübung, bei der die ehemaligen Mitglieder ein unerwartetes internationales Szenario vorstellten, das von den Schülern verlangte, sich schnell anzupassen, zu verhandeln und unter Zeitdruck eine Lösung zu formulieren. Die Übung testete ihre Fähigkeit, kritisch zu denken, Kompromisse zu schließen und mit Vertretern entgegengesetzter Ansichten zusammenzuarbeiten.

Die anschließenden Debatten waren spannend und intellektuell anspruchsvoll. Die Studierenden bewiesen schnelles Denken, überzeugende Rhetorik und sogar eine Prise Humor, wodurch die Diskussionen lebendig und dennoch respektvoll blieben. Ihre Fähigkeit, eine konstruktive Debatte zu führen, sich in komplexen geopolitischen Spannungen zurechtzufinden und schließlich einen Konsens zu erzielen, war wirklich beeindruckend.

Aufgaben und Themen der Ausschüsse

Jedes ehemalige Mitglied hat in bestimmten Ausschüssen mitgewirkt und dabei Ratschläge und Einsichten zu einigen der dringlichsten globalen Themen unserer Zeit gegeben:

- **Monica Baldi (UNHRC)** - *Die Frage der Auslagerung der Einwanderungsverwaltung*
- **Michael Hindley (Politischer Ausschuss)** - *Verhandlungen über eine Beilegung des russisch-ukrainischen Krieges*
- **Alain Lamassoure (Ausschuss für Abrüstung und Sicherheit)** - *Die Frage der Abrüstung von Kernwaffen*
- **Johan Nissinen (ECOSOC - CND)** - *Entkriminalisierung des Besitzes von Cannabis*

Diese Diskussionen spiegelten reale politische Herausforderungen wider und vermittelten den Studierenden ein differenziertes Verständnis für internationale Verhandlungen, rechtliche Rahmenbedingungen und ethische Dilemmata. Die Entschlüsse der Ausschüsse verdeutlichten die Fähigkeit der Studierenden, Idealismus und pragmatische Diplomatie in Einklang zu bringen - eine wesentliche Fähigkeit für jeden zukünftigen Entscheidungsträger.

Als Verband der ehemaligen Mitglieder fühlen wir uns geehrt, Teil dieser unglaublichen Initiative gewesen zu sein und freuen uns darauf, die Entwicklung junger Führungskräfte in internationalen Angelegenheiten weiterhin zu unterstützen.

[Johan Nissinen](#)

EUROPEAN PARLIAMENT TO CAMPUS, Pavia.

„Aula Volta“, im Zentralpalast der Universität Pavia. Dort findet am 25. Oktober der Runde Tisch *„Europäische Steuerpolitik: Wohlfahrt, Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit“* statt.

https://it.wikipedia.org/wiki/File:Aula_volta1_universit%C3%A0_di_pavia.png

Die schöne Aula Volta (Alessandro Volta) ist heute noch so gestaltet, wie sie von Leopoldo Pollack im 18. Sie wurde nach einem Besuch von Kaiser Joseph II. errichtet, der sich ein Jahr zuvor darüber beschwert hatte, dass die Lehre der Physik nicht ausreichend gewürdigt wurde.

Davor blieb noch Zeit für einen Besuch der Universitätsbibliothek. Auch sie wurde im 18. Jahrhundert gegründet.

<https://www.bibliotecauniversitariapavia.it/wp-content/uploads/2019/07/salone-teresiano-bn.jpg>

Das Thema der Debatte brachte es mit sich, dass Experten mit unterschiedlichem Hintergrund und Ansatz ihren Beitrag leisten mussten.

Auf der Seite derjenigen, die an der Definition des neuen Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung, einer Verordnung, die am 30. April dieses Jahres in Kraft getreten ist, debattiert und dazu beigetragen haben. Das Europäische Parlament spielte eine Schlüsselrolle dabei, den bisherigen Rahmen flexibler, demokratischer und mit mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten zu gestalten. Dadurch haben die Mitgliedstaaten mehr Kapazitäten für Investitionen in Schlüsselbereichen wie dem Klima und dem digitalen Wandel, der Europäischen Säule sozialer Rechte und der Verteidigung sowie mehr Zeit für die Anpassung an die europäischen Schulden- und Defizitregeln, die in den EU-Verträgen festgelegt sind. Gleichzeitig unterstreicht der neue Rahmen die soziale Dimension der wirtschaftspolitischen Steuerung durch die Schaffung eines „sozialen Konvergenzrahmens“, der die Identifizierung der Risiken einer (nicht-)sozialen Konvergenz erfordert. Diese Änderungen - wir haben auch andere vorgeschlagen, die aber von den Mitgliedstaaten im Rat nicht akzeptiert wurden - sind von grundlegender Bedeutung für die Förderung von Investitionen, Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, was der EU eine größere Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext verleiht. Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung sind notwendig, um wirtschaftliche Ungleichgewichte, die die nationalen Volkswirtschaften schwächen oder andere EU-Länder beeinträchtigen könnten, frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls zu korrigieren. Sie sind ein wichtiger Pfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion, die noch lange nicht vollendet ist.

Auf der Seite der Forscher oder der Empfänger. Das Programm umfasste eine Analyse der Rolle der Solidarität in der Wirtschafts- und Währungsunion. Es kann keine gesunden öffentlichen Finanzen geben, wenn die Politiken, die zu ihnen führen, nicht mit der Aufwertung der Solidarität und der sozialen Rechte einhergehen. Aus diesem Grund haben wir die soziale Dimension in dem neuen Rahmenwerk, wie ich bereits sagte, mit der Schaffung des Rahmenwerks für soziale Konvergenz gestärkt. Dieser Vortrag wurde von Professor Giulio Peroni, Professor an der Università degli Studi di Milano Statale, Jean-Monnet-Lehrstuhl

„Futmofin“, gehalten. In der Debatte über die regionalen Auswirkungen, die von Professor Fabio Zucca (Università degli Studi dell'Insubria) eingeleitet wurde, wurde die Rolle der Strukturfonds in diesem Zusammenhang betont. Es sei daran erinnert, dass bei der Bewertung der Fortschritte der Mitgliedstaaten die Kofinanzierung der Strukturfonds (der nationale Beitrag) bei der Berechnung der Ausgaben nicht berücksichtigt wird. Dies wurde auch vom Europäischen Parlament gefordert. Und die Rolle der Think Tanks, mit Professor Raffaella Cinquanta, von der Università degli Studi di Pavia.

Organisiert und moderiert wurde die Debatte von Professor Francesco Velo von der Università Studi di Pavia.

Ich möchte auch die Bedeutung der Jean-Monnet-Lehrstühle hervorheben. Diese Professoren sind für die Programme der Jean-Monnet-Lehrstühle verantwortlich, bei denen die europäische Dimension der gemeinsame Punkt ist. Ich möchte aber auch die Bedeutung des Vereinsprogramms „ *Europäisches Parlament auf dem Campus*“ hervorheben, das die Möglichkeit bietet, die Europäische Union aus der Perspektive von *Go Local* zu diskutieren und dabei auch die Wahrnehmungen und Gefühle der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die EU und die europäische Politik zu hören. In diesem Fall sind es junge Menschen.

Margarida Marques

Überlegungen zu KI und EU-Recht: meine Erfahrung an der Universität Oviedo

Nach der Ehre, Mitglied des Europäischen Parlaments gewesen zu sein, haben wir die Verantwortung, weiterhin einen Beitrag zum europäischen Projekt zu leisten, und zwar von dem bescheidenen Standpunkt aus, den wir in der jeweiligen Phase einnehmen.

In der aktuellen zehnten Wahlperiode habe ich das erste Mal „meinen Ausweis“ als ehemaliges Mitglied in Händen gehalten. Ich bedanke mich beim Verein für den herzlichen Empfang und die Unterstützung beim Übergang in unsere neue Rolle.

Darüber hinaus möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um alle zu ihrer täglichen Arbeit zu beglückwünschen. Durch sie wird es uns ermöglicht, mit den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog zu bleiben und auch in Zukunft das europäische Projekt zu vermitteln und den Anliegen aller, insbesondere der jungen Menschen, Rechnung zu tragen.

Dank des Projekts „*Inteligencia artificial: cuestiones clave y desafíos*“ (Künstliche Intelligenz: Kernfragen und Herausforderungen) konnte ich am 15. Oktober 2024 an einer von der Universität Oviedo organisierten Konferenz teilnehmen, um mit den Studierenden über ein Thema zu sprechen, das zweifellos zu den wichtigsten unserer Zeit gehört: die KI.

Es gibt viele Situationen, in denen wir über Gesetze sprechen können, aber die Hörsäle der Universitäten sind ein Ort, an dem Wissensdurst und die Neugier auf die technologische Zukunft auf die Notwendigkeit treffen, den Rechtsrahmen zu verstehen, der in Europa Gestalt annimmt, sowie auf die Neugier der neuen Generationen, die in dieser Zukunft, die wir heute gestalten, leben werden.

Die KI ist zu einem zentralen Thema auf der politischen Agenda der EU geworden, und zwar nicht nur aufgrund ihres Potenzials, ganze Wirtschaftszweige umzugestalten, sondern auch aufgrund ihrer ethischen und sozialen Auswirkungen. In diesem Zusammenhang zielt das von der Kommission vorgeschlagene KI-Gesetz, an dessen Annahme im Parlament ich beteiligt sein durfte, darauf ab, einen Rechtsrahmen zu schaffen, mit dem die sichere und ethische Entwicklung dieser Technologien sichergestellt wird.

Zu Beginn der Konferenz habe ich die grundlegenden Konzepte der KI vorgestellt und erläutert, wie sie in verschiedenen Anwendungen – von virtuellen Assistenten bis hin zu Gesichtserkennungssystemen – eingesetzt wird. Mit dem Fortschreiten der Technologie wachsen auch die mit ihrer Nutzung verbundenen Herausforderungen. Bedenken in Bezug auf Privatsphäre, Diskriminierung und fehlende Transparenz sind Themen, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen und in allen Rechtsvorschriften, die verabschiedet werden sollen, berücksichtigt werden müssen.

Einer der zentralen Punkte meiner Ausführungen war die Bedeutung der KI-Regulierung. Mit dem KI-Gesetz der EU soll ein risikobasierter Ansatz verfolgt werden, bei dem KI-Anwendungen nach ihrem Schadenspotenzial in verschiedene Kategorien eingeteilt werden.

Dadurch werden strengere Anforderungen für risikoreiche Anwendungen wie automatisierte Überwachungs- oder Entscheidungssysteme in kritischen Bereichen wie Gesundheit und Justiz ermöglicht. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Studierenden verstehen, dass die Regulierung kein Hindernis für die Innovation ist, sondern ein Rahmen, mit dem eine verantwortungsvollere und nachhaltigere Entwicklung gefördert werden kann.

Die Interaktion mit den Studierenden war zweifellos einer der erfreulichsten Momente der Konferenz. Die aufgeworfenen Fragen waren tiefgreifend und überlegt. Eine Gruppe von Studierenden war besonders an der KI-Ethik interessiert und stellte die Frage, wie Voreingenommenheit bei Algorithmen vermieden werden kann und wie sichergestellt werden kann, dass die KI auf faire und gerechte Weise funktioniert. Diese jungen Menschen, die in Zukunft in den Bereichen Technologie und Politik führend sein werden, haben ein umfassendes Verständnis der Vielschichtigkeit der Thematik gezeigt.

Während der Diskussion haben wir auch angesprochen, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren ist. Das KI-Gesetz kann nur dann wirksam sein, wenn alle einschlägigen Akteure beteiligt sind: von Technologieentwicklern bis hin zu politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft. Nur mit einem offenen und konstruktiven Dialog kann ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Innovation und Regulierung hergestellt werden.

Zum Schluss habe ich über die Rolle der EU bei der Regulierung der KI auf globaler Ebene gesprochen. Die EU hat die Möglichkeit, Standards festzulegen, die möglicherweise Einfluss auf die Gesetzgebung in anderen Regionen nehmen und somit einen ethischen und verantwortungsvollen Umgang mit der KI weltweit fördern könnten. Mit dieser Verantwortung muss sorgfältig umgegangen werden, da sich die Entscheidungen, die wir heute treffen, auf die künftigen Generationen auswirken werden.

Abschließend lässt sich sagen, dass das KI-Gesetz nur den Beginn einer Reise darstellt, die die aktive Beteiligung aller Teile der Gesellschaft erfordert – und diese erste Erfahrung mit dem Programm „*Inteligencia artificial: cuestiones clave y desafíos*“ ist der erste Schritt auf meiner Reise als ehemaliges Mitglied.

Ana Collado

Der Europäische Pakt zu Migration und Asyl: Schlüsselfaktoren und Konsequenzen

Im vergangenen Juli habe ich mein Amt als Mitglied im Europäischen Parlament für das Königreich Spanien niedergelegt. Aber zu meiner Freude ist mir dank des Vereins der ehemaligen Mitglieder bewusstgeworden, wie viele Möglichkeiten sich Mitgliedern des Parlaments bieten. Diese Chancen zielen darauf ab, die Öffentlichkeit im Bereich der sensiblen Themen, über die im Parlament diskutiert und abgestimmt wird, auch nach dem Ende des Mandats weiter zu informieren. Insbesondere durch die Bereitstellung möglichst vieler Informationen über grundlegende Aspekte der jeweiligen Themen in unmittelbarem Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern werden die unterschiedlichen Standpunkte der verschiedenen politischen Gruppen dargelegt. Somit können sich die Bürger Klarheit darüber verschaffen, welche Maßnahmen die Europäische Union aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken mit ihren Vorschriften durchführt. Mit anderen Worten sollen unsere Bürger, insbesondere unsere Jugend, durch wahrheitsgemäße und transparente Informationen aufgeklärt werden.

Während meiner Amtszeit war es mir immer ein Anliegen, möglichst enge Beziehungen zu den Bürgern herzustellen. Deshalb schätzte ich die Programme „Meet your MEP“ (Triff deinen Europaabgeordneten), die Einladungen zu Vorträgen, Konferenzen und Debatten sowie die Einladungen der verschiedenen Medien so sehr. Bei keinen dieser Erfahrungen wurde ich je enttäuscht, denn ich nahm trotz der jeweils völlig unterschiedlichen Zuhörerschaft die Überzeugung mit, zur Stärkung der Werte und Ziele eines in Vielfalt geeinten Europas beizutragen, das die Grundsätze zur Wahrung der demokratischen Werte, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit entschlossen verfolgt und verfehlet.

Rückblickend bin ich der Meinung, dass diese Aktivitäten ein verpflichtender Teil des Amts jedes Mitglieds des Parlaments sein sollten, auch wenn die Kluft zwischen den Bürgern und ihren Vertretern stark gewachsen ist. Dies hat zu der bedenklichen Entwicklung geführt, dass die Bürger den Glauben an dem großartigen Werk, das die Europäische Union darstellt, verloren haben, von ihr enttäuscht sind oder inzwischen sogar feindselig ihr gegenüber eingestellt sind.

Aus all den zuvor genannten Gründen habe ich mich sehr über die Anfrage unseres Vereins gefreut, der die Einladung der Universität Oviedo an mich weitergeleitet hat. Dadurch hatte ich die Ehre, vor hunderten jungen Erwachsenen, ihren Dozenten und der Leitung der Hochschule eine Rede bei der feierlichen Einführungsveranstaltung am Campus Gijón zu halten. Dies war eine der Gelegenheiten, über die Rolle des Parlaments und der Kommission bei der Lösung des ernststen und sensiblen Problems der Einwanderung nach Europa in den vergangenen Jahren zu sprechen und meinen bescheidenen Beitrag dazu leisten zu können. Ich wurde gebeten, über den kürzlich verabschiedeten Migrationspakt zu sprechen, den die Bürger nach meiner Einschätzung nicht wirklich nachvollziehen können. Ich hoffe, dass ich dazu beitragen konnte, einige Informationen über die Notwendigkeit dieser komplexen Abkommen zwischen den einzelnen Ländern und über die Toleranz klarzustellen, ohne die wir nicht auskommen können. Dadurch kann ein angemessener Umgang mit der Migration bewerkstelligt werden, die bestimmt nicht abebben, sondern infolge der gesellschaftlichen Instabilität in den Nachbarländern weiter zunehmen wird.

Ich möchte meine Ausführungen hier aber weder mit den Einzelheiten dieses Vortrags noch mit den dabei aufgeworfenen Fragen überfrachten. Ich möchte nur meinen Dank an unseren Verein aussprechen, mir die Erfahrung ermöglicht zu haben, dass das Ende eines Amtes weder das Ende der Möglichkeiten noch der Verpflichtungen bedeutet, zumal ich ein Politiker bin, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, durch die Informationsverbreitung ein stärker integriertes und gefestigtes Europa zu fördern, das den jungen Menschen Hoffnungen gibt. Ebenfalls möchte ich der Leitung der Universität Oviedo für diese Initiative und ihr ständiges Bestreben danken, ihren Jahrgängen eine europäische Denkweise und das entsprechende Engagement zu vermitteln.

Leopoldo López Gil

Mondlandung in Brüssel

Ich vergleiche mein Praktikum beim Europäischen Parlament oft mit einer Mondlandung. Während meines Studiums habe ich hart gearbeitet, mir unermüdlich einen Schritt nach dem anderen erkämpft, bis ich schließlich auf dem Mond gelandet bin, bzw. als Schuman-Praktikantin eingestellt wurde. Schon mein ganzes Leben hatte ich Geschichten über das Europäische Parlament gehört, diesen allgegenwärtigen und doch so unerreichbar scheinenden Planeten, dieses Traumziel, diesen Ort großartiger Errungenschaften, diese Weltbühne im Miniaturformat, auf der die Dramen der Welt aufeinanderprallen und sich durch eine Katharsis in Hoffnung verwandeln.

Als ich auf dem Mond landete, fühlte ich mich zunächst ein bisschen unsicher – wackelig auf den Beinen, als ob ich plötzlich wie ein Kind wieder neu laufen lernen müsste. Bei der Arbeit bekam ich neue Aufgaben: Ich sollte Texte für die Website verfassen, und für das, was wir „soziale“ Medien nennen, ich sollte die Profile der Rednerinnen und Redner bei Veranstaltungen erstellen und Protokolle schreiben. Und damit wir uns nicht falsch verstehen: Hier geht es nicht etwa um Protokolle wegen Falschparken, sondern um Sitzungsprotokolle, also wer was gesagt hat. Man lernt eben nie aus.

Das Eindrucksvollste an meiner Erfahrung beim Europäischen Parlament war es, mir des Universums um mich herum bewusst zu werden. Jeden Tag ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments zu treffen. Sitzungen des Vorstands beizuwohnen. Mit intelligenten und freundlichen Kolleginnen und Kollegen zu arbeiten. Sie alle waren Sterne – manche nah, manche fern – um mich herum. Manche leuchteten so hell, dass es mir Hoffnung für die Zukunft gab und das Gefühl, dass es auf der Erde doch ganz schön zu leben ist. Ich hatte das Glück, meine Idole zu treffen, sie kennenlernen und ihre Warmherzigkeit erfahren zu dürfen.

Dadurch lernte ich auch, im Alltäglichen das Außergewöhnliche zu erkennen. So durfte ich etwa der Verleihung des Sacharow-Preises beiwohnen, wo ich das Glück hatte, Präsidentin Metsola und die Preisträger María Corina Machado und Edmundo González Urrutia sowie einige Mitglieder des Parlaments zu sehen. Ich bewunderte ihren Mut und erkannte, dass sie aus der Nähe betrachtet Menschen wie wir sind, die aber dem Chaos der Welt mit einer klaren und pragmatischen Hoffnung entgegentreten und ihren Prinzipien folgen: Demokratie, Menschenrechte und Frieden.

Ich bewundere aber nicht nur die Politikerinnen und Politiker, sondern jede einzelne Person, die beim Europäischen Parlament arbeitet, denn ohne sie würden die Worte der Akteurinnen und Akteure ungehört in den Tiefen des Weltalls verhallen. Es sind die Menschen in der Verwaltung, in der Küche und in den Fitnessräumen, die das Parlament zu einem lebenswerten Ort machen. Und wäre die Europäische Union auch dann ein Leuchtfeuer des Friedens, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen untereinander nicht mit Respekt begegneten?

Während meines Besuchs in Straßburg wurde mir klar, dass das europäische Aufbauwerk auf Demut beruht – einer Demut, die auf Epochen außerordentlicher Gewalt folgte. Imperialismus, Kolonialismus und zwei Weltkriege hatten den europäischen Kontinent auseinandergerissen. Es hätte damals also keinen symbolträchtigeren Akt geben können, als

Simone Veil, eine Auschwitz-Überlebende, zur ersten Präsidentin des Europäischen Parlaments zu wählen. Genau diese zerbrechliche Brücke des Friedens über den Rhein wollen wir alle erhalten. Wir dürfen nicht vergessen.

Jetzt wo ich auf dem Mond gelandet bin, wird mir klar, dass mein Schicksal und das Schicksal aller Europäerinnen und Europäer in den Sternen steht – genauso wie die Europäische Union noch nicht vollendet und offen für Erweiterungen ist. Wir dürfen das europäische Aufbauwerk nicht als selbstverständlich ansehen. Es würde auseinanderbrechen, wenn die Leute aufhörten, an die Demokratie zu glauben. Egal, wohin ich gehe, ich werde diese Werte immer mit mir tragen, wie einen Kompass. Ich habe keine Angst mehr, weil ich weiß, dass ich nicht alleine bin.

Eleonore Raynal-Peceny

Rezension

„How Blair killed the co-ops – Reclaiming social enterprise from its neoliberal turn“ (Wie Blair die Genossenschaften abgeschafft hat – Renaissance des sozialen Unternehmertums nach der neoliberalen Wende) von Leslie Huckfield

Maartje van Putten

Die Dissertation unseres ehemaligen Kollegen Leslie Huckfield (Labour-Partei, im Europäischen Parlament von 1984 bis 1989), die nun in Buchform von Manchester University Press veröffentlicht wurde, ist ein bemerkenswertes Werk und hätte bereits früher mehr Aufmerksamkeit verdient. Vielleicht ist es uns deshalb entgangen, weil im Buch hauptsächlich eine allgemeine Entwicklung im Vereinigten Königreich thematisiert wird. Huckfield beschreibt, wie sich die „New Labour“-Regierung von 1997 und 2001 unter Tony Blair wissentlich von der breiten, traditionellen Genossenschaftsbewegung und deren Sozialunternehmen entfernt hat. Diese wurden als „Handelsorganisationen“ definiert, die „von der örtlichen Bevölkerung aufgebaut wurden, in deren Besitz waren und von ihr kontrolliert wurden“ und die letztendlich dazu dienen sollten, „Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung zu schaffen, die nicht auf Beihilfen angewiesen sind“.

Ende des vergangenen Jahrhunderts ist „New Labour“ als „dritter Weg“ der Sozialdemokratie entstanden. Vielen von uns sind diese Bezeichnungen noch wohlvertraut. Ich erinnere mich an unseren führenden sozialdemokratischen Politiker Wim Kok, der sich in den Niederlanden von den Grundsätzen der Sozialdemokratie abwandte, um sich einer Marktliberalisierung zuzuwenden. Nachwehen von Thatcher? Die Sozialdemokraten, zu denen die Labour-Partei im Vereinigten Königreich gehört, versuchten, sich in einer Welt der rapiden Globalisierung mit dem freien Markt im Mittelpunkt neu zu positionieren. Das neue Konzept der Sozialunternehmen passte gut in den „Reform“-Diskurs der „New Labour“-Politik. Mit regulatorischen Mitteln hat Labour an die Stelle von demokratisch geleiteten und verwalteten Genossenschaften („co-operatives“) mit gemeinsamen Strukturen, von denen es im Vereinigten Königreich Tausende gab, individuell geleitete und leichter beeinflussbare Sozialunternehmen („social enterprises“) gesetzt, um öffentliche Dienstleistungen flexibel und kostengünstig zu machen. Dabei handelte es sich um eine neue rechtliche Struktur mit weniger Rechenschaftspflicht.

Im Jahr 1976 gab es im Vereinigten Königreich noch 123 000 Sozialunternehmen (Genossenschaften) der ursprünglichen Form, von denen nur 3% jährliche Einnahmen von über 10 000 Pfund erzielten. Bestehende Finanzierungen wurden nicht direkt der örtlichen Bevölkerung zur Verfügung gestellt sondern wurden hauptsächlich in Verhandlungen zwischen dem Staat und dem Markt, vertreten durch Gewerkschaften und repräsentative demokratische Institutionen, ausgehandelt. Die Gesetzgeber müssen schlichtweg nicht wahrgenommen haben, was tausende Menschen auf lokaler Ebene in ehrenamtlicher Tätigkeit für die Gesellschaft geleistet haben. Beim Ansatz von „New Labour“ wurde der Wert der Leistungen, die Menschen für ihre Gemeinschaften erbrachten, zu einem handelbaren Produkt, was zwar immer noch als „Sozialunternehmen“ bezeichnet wurde, was aber, wenn ich Huckfield richtig verstehe, tatsächlich zu einem Privatunternehmen wurde, dessen Hauptziel es war, Gewinne zu erzielen. Huckfield, der diese Zeit des Wandels erforscht hat, weist darauf hin, dass die ursprünglichen Genossenschaften oder die Organisationen, die diese repräsentierten, bei der Gestaltung dieser neuen Sozialpolitik ignoriert wurden.

Er geht kurz auf die Unterschiede zwischen dem Politikwechsel auf dem europäischen Festland und in den Vereinigten Staaten ein, der jeweils nur schwer mit den Entwicklungen im Vereinigten Königreich zu vergleichen ist: „In nordamerikanischen Ansätzen wird auf

soziale Zwecke oder Bedürfnisse überhaupt nicht eingegangen, stattdessen konzentriert man sich auf ‚Akteure‘ und ‚wesentliche Merkmale von Sozialunternehmern‘, als ob es keine anderen Beteiligten gäbe, die um das soziale Wohlergehen bemüht sind“. Der Verfasser übt außerdem heftige Kritik an anderen Studien, die hauptsächlich aus dem Vereinigten Königreich stammen: „Seit fast 20 Jahren werden die britischen Beiträge zu Sozialunternehmen und den Entwicklungen des dritten Sektors hauptsächlich von der Perspektive des Marktes bestimmt.“ Huckfield argumentiert, dass es „eine weitaus breitere Definition von Sozialwirtschaft und Ansätzen in Bezug auf Solidarität auf dem europäischen Festland“ gab (und gibt). Ich hoffe, dass er Recht hat. Ich frage mich jedoch, ob er, was Europa angeht, trotz aller Unterschiede zum Vereinigten Königreich nicht ein wenig zu optimistisch ist. Es gibt aber Hoffnung. Die Genossenschaftsbewegung gewinnt weltweit an Zuspruch, in der EU vor allem in Italien, Spanien und Frankreich.

Huckfield sollte eine gekürzte Fassung dieses Buches für die breite Leserschaft schreiben. Ich werde sein Buch jedenfalls in mein Bücherregal neben den modernen Klassiker „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty stellen.

Dr. Maartje van Putten

Im Gedenken an Alain Pompidou

Ich war zur selben Zeit wie Alain Pompidou Mitglied des Europäischen Parlaments und habe mit Bedauern von seinem Tod erfahren. Damals, in den 1990er-Jahren, gehörten wir nicht derselben Fraktion an. Ich saß bei den britischen Konservativen, die erst kurz zuvor der EVP-Fraktion beigetreten waren, während Alain ein führendes Mitglied der von den französischen Gaullisten bzw. der RPR dominierten Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (EDA) war. Ich denke, dass wir einfach nur deshalb ziemlich nah beieinander im Plenarsaal des Parlaments saßen, weil unsere Nachnamen denselben Anfangsbuchstaben haben. So kam es, dass wir regelmäßig Höflichkeiten austauschten.

Ich arbeitete gut mit den französischen Kolleginnen und Kollegen zusammen und hatte oft den Eindruck, dass es für die linken Parteien einfacher ist, sich zusammenzutun, als für die rechten Parteien. Einfach ausgedrückt: Der Slogan „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ stößt auf internationale Resonanz, während sich die rechten Parteien zutiefst ihrer nationalen Tradition und Identität verbunden fühlen. Die christliche Demokratie in Deutschland und in den Benelux-Staaten findet sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien, wo Religion und Politik üblicherweise voneinander getrennt werden, wenig Anklang.

Dass Alains Vater, Präsident Pompidou, den lästigen Britinnen und Briten – trotz der nachvollziehbaren Vorbehalte, die General de Gaulle zuvor gehabt hatte – einen Platz in der Europäischen Union zuerkannte und dass Alain seinerzeit darauf hinwirkte, die Gaullisten in die Mitte-Rechts-Fraktion der EVP einzubinden, sprach für die Pragmatik und die Vision der beiden.

Ich gebe zu, dass es falsch und gefährlich ist, zu verallgemeinern, aber als Frankophiler war ich schon immer der Meinung, dass wir Briten und unsere französischen Nachbarn genau gegensätzlich, aber dennoch gleich sind: Wir sind stolze Nationen mit einer langen Geschichte der Nationalstaatlichkeit und ehemaligen Großreiche. Außerdem haben wir eine ähnliche Bevölkerungsgröße und Volkswirtschaft. Der durchschnittliche Franzose (oder die durchschnittliche Französin) würde jedoch sorgfältig überlegen, analysieren und schlussfolgern, dass das große Glück im Leben darin besteht, als Franzose oder Französin geboren zu sein. Der durchschnittliche Brite oder die durchschnittliche Britin hingegen wüsste, ohne auch nur einen Moment zu überlegen oder zu analysieren, dass es das Beste ist, als Brite oder Britin geboren zu sein.

Im Jahr 1998 wurde der 25. Jahrestag des Beitritts Großbritanniens von 1973 in die Europäische Gemeinschaft gefeiert. Einer meiner politischen Helden, Edward Heath, hatte den Beitrittsvertrag unterzeichnet. Meines Wissens wurden 1998 weder im Parlament noch an einem anderen Ort im Vereinigten Königreich Initiativen ergriffen, um diesen 25. Jahrestag zu feiern.

Daher habe ich für den Jahrestag einen Kuchen bestellt, der von Studierenden des City College Southampton, an dem ich früher als Mitglied des Europäischen Parlaments Dozent für Politikwissenschaften war, gebacken und dekoriert wurde. Ich fragte Alain, ob er als Sohn von Präsident Georges Pompidou den Kuchen anschneiden würde, um diese 25 Jahre des Friedens und des wachsenden Wohlstands zu feiern. Anlässlich des 25. Jahrestags haben wir eine sehr kleine, typisch britische „tea party“ anstelle eines „vin d’honneur“ veranstaltet. Bis zum 50. Jahrestag haben wir es nun leider nicht geschafft.

Vielen Dank, Alain. Vive La Différence. Vive l’Entente Cordiale.

Roy Perry

Sicherheit und Verteidigung – der neue Motor für die europäische Integration

Während der Amtszeit der Europäischen Kommission im Zeitraum 2019-2024 hat die Union in Sachen Sicherheit und Verteidigung einen großen qualitativen Sprung nach vorne gemacht. Russlands Aggression gegen die Ukraine war zweifellos ein starker Ansporn dafür, auch wenn der Start des Strategischen Kompass und der Schnelleingreifkapazität (RDC) bereits vor Putins Krieg erfolgte. Mit dem Kompass wurden Bedrohungen identifiziert, Ziele festgelegt (strategische Autonomie, Widerstandsfähigkeit) und Mittel zu ihrer Verwirklichung bestimmt, darunter die Verbesserung der GASP-Missionen und die Schaffung der 5 000 Mann starken RDC, die bis 2025 einsatzbereit sein soll. Was die Fähigkeiten betrifft, so wurden diese im Fähigkeitsentwicklungsplan aus dem Jahr 2023 festgelegt, der 22 Prioritäten in den Bereichen Land, See, Luft, Weltraum, Cyberraum und strategische Grundvoraussetzungen umfasst. Im Jahr 2024 wurde die strategische Überprüfung der Projekte der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung abgeschlossen.

Angesichts dieses neuen geopolitischen Szenarios ist es in jedem Fall unbestreitbar, dass die EU ihre Rolle als Sicherheitsgarantin auch im Hinblick auf die Reaktionsfähigkeit ausgebaut hat. Dabei hat sie beispiellose Schritte unternommen, etwa die Mobilisierung der Europäischen Friedensfazilität in Höhe von 11 Mrd. EUR zugunsten eines Drittlandes, das sich im Krieg befindet. Damit konnten Waffenlieferungen an die Ukraine finanziert werden, die dadurch besser in der Lage war, der Aggression die Stirn zu bieten. Die Europäische Verteidigungsagentur spielte eine Schlüsselrolle bei der gemeinsamen Beschaffung von Artilleriegranaten vom Kaliber 155 mm, die sowohl zur Versorgung der Ukraine als auch zur Aufstockung der Bestände der Mitgliedstaaten verwendet wurden. Der Gesamtwert der europäischen Hilfe (EU und Mitgliedstaaten), einschließlich der Haushalts- und Finanzhilfe, beläuft sich auf 140 Mrd. EUR (mehr als die USA). Darüber hinaus haben wir eine militärische Ausbildungsmission eingerichtet, durch die in zwei Jahren 60 000 ukrainische Soldaten ausgebildet wurden.

Im Laufe des Krieges hat der Rat der Europäischen Union insgesamt fünfzehn Sanktionspakete beschlossen, darunter diplomatische, handelspolitische, und individuelle Sanktionen, um die russische Wirtschaft und damit Putins Kriegsmaschinerie so stark wie möglich zu schwächen. Infolgedessen haben wir den europäischen Verbrauch von russischem Öl und Gas – zumindest über die Pipelines – erheblich gesenkt. Das sechzehnte Sanktionspaket, das derzeit vorbereitet wird, zielt unter anderem darauf ab, die russische Schattenflotte in die Schranken zu weisen.

Die EU war auch federführend bei der Beschlagnahmung von Erträgen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten, um ein Darlehen an die Ukraine für deren Verteidigung und Wiederaufbau zu finanzieren. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels befinden sich die von der EU und dem Europarat initiierten Verhandlungen über die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs zur Verfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine in der Endphase.

Mit der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus steht nun jedoch ein großes Fragezeichen hinter der weiteren Unterstützung der Vereinigten Staaten für das angegriffene Land. In jedem Fall muss aber Europa seine militärische Unterstützung für die Ukraine aufrechterhalten und verstärken. Dazu gehört auch die Aufhebung der Beschränkung des Einsatzes europäischer Waffen auf russischem Territorium, denn Putins Aggression ist auch ein Angriff auf die Sicherheit aller Europäerinnen und Europäer.

Wir müssen aus diesem Konflikt Konsequenzen im Hinblick auf die mittelfristige Planung der GASP ziehen. Es liegt auf der Hand, dass die europäische Verteidigungsindustrie neu belebt werden muss, sowohl was ihre Produktionskapazitäten als auch was die Entwicklung und gemeinsame Beschaffung von Fähigkeiten betrifft. Die Militärausgaben steigen auf ein Niveau, das es seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat, aber wir müssen investieren – besser, gemeinsam und in Europa. Die Mitgliedstaaten der EU investieren in die Verteidigung ein Drittel dessen, was die Vereinigten Staaten ausgeben, aber wir verfügen nur über etwa 10 % der Kapazitäten der USA. Die Verteidigungsplanung und -produktion ist nach wie vor stark entlang der nationalen Grenzen fragmentiert, was bei einigen Kapazitäten zu Lücken, bei anderen zu Überschneidungen, zu Interoperabilitätsproblemen – wir haben zwölf Panzertypen in Europa, während die Amerikaner nur einen haben –, Abhängigkeit von Einkäufen im Ausland und ineffizienten Ausgaben führt. Nach Angaben der Europäischen Verteidigungsagentur bedeutet dieser Mangel an Zusammenarbeit einen jährlichen Verlust von nicht weniger als 25 Mrd. EUR. Wir brauchen daher einen gemeinsamen Ansatz, der die Erforschung, die Entwicklung und die gemeinsame Beschaffung von Waffensystemen in allen Bereichen umfasst. Ankurbeln könnte man diese koordinierten Investitionen mit dem Haushalt der Europäischen Union und der Europäischen Investitionsbank sowie mit der Einrichtung einer Verteidigungsbank und einer gemeinsamen Anleihe (Eurobonds).

Josep Borrell Fontelles

Ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und ehemaliger Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Domènec Ruiz Devesa

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments

DEFIS: Beitrag zur März-Ausgabe des Bulletins des VEM zum Thema „Sicherheit und Verteidigung“

Beim jährlichen Seminar des VEM, das am 4. Dezember 2024 im Europäischen Parlament stattfand, trugen verschiedene Vortragende ihre Standpunkte zum Thema „Sicherheit und Verteidigung der EU: Neue Bedrohungen und Strategien für eine widerstandsfähigere Zukunft“ vor. Die Struktur der derzeitigen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsarchitektur wurde beschrieben, und man kam überein, dass Europa in puncto Verteidigung an einem Scheidepunkt steht. In einem immer komplexeren Verteidigungsumfeld steht viel auf dem Spiel, und Europa läuft Gefahr, militärisch angreifbar zu werden. Außerdem ist trotz insgesamt steigender Verteidigungsausgaben die Verteidigung der EU schwächer geworden. In den Vorträgen wurden der Flickenteppich und die Doppelung vergleichbarer Verteidigungsprodukte herausgestellt. Die Vortragenden betonten, dass die Kommission mit der Europäischen Verteidigungsagentur und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten müsse, wenn es gilt, Gefahren festzustellen, aber auch Gegenmaßnahmen zu finden, und dass sie sich gegenseitig ergänzen müssten.

Ferner wurde im Zuge der Diskussion hervorgehoben, dass das „Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung“ eine wichtige Rolle spielt, mit dem Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das neue für Verteidigung und Weltraum zuständige Kommissionsmitglied Andrius Kubilius und die HR/VP Kaja Kallas betraut hatte. Das Buch soll Vorschläge enthalten, wie mit Blick auf extreme militärische Unwägbarkeiten Vorbereitungen getroffen werden könnten, für Abschreckung gesorgt und Europa verteidigt werden könnte. Aktuelle Risikobeurteilungen haben gezeigt, dass Russland bis Ende dieses Jahrzehnts die Entschlossenheit der EU oder der NATO auf die Probe stellen könnte. In einer ziemlich ernüchternden Beurteilung wurde betont, dass die derzeitige sechsmonatige Industriekapazität Russlands für Militärprodukte den gesamten Ausrüstungsbestand jedes einzelnen Mitgliedstaats übersteigt. Auch wenn momentan die unmittelbare Kriegsgefahr in der Ukraine im Mittelpunkt steht, hoben die Vortragenden hervor, dass die europäische Verteidigung eine Vielfalt an Dimensionen umfasst, von der Meeressicherheit über Verbindungen zur Handelspolitik bis hin zum europäischen Binnenmarkt.

Darüber hinaus legte der Direktor der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum François Arbault in seinem Redebeitrag die drei Hauptbausteine von Kommissionsmitglied Kubilius für militärische Abwehrbereitschaft dar.

Erstens könnte es aufgrund möglicherweise geringerer Unterstützung der USA für die Ukraine wegen politischer Veränderungen erforderlich werden, dass die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam finanzielle und militärische Hilfe für die Ukraine in beispiellosem Maß bereitstellen. Die beste Investition in die europäische Sicherheit sind Investitionen in die Sicherheit der Ukraine.

Zweitens würde die Umsetzung der Zielvorgaben der NATO, was Kapazitätsanforderungen anbelangt, beträchtlichen industriellen, finanziellen und technischen Aufwand seitens der Mitgliedstaaten erfordern. Kommissionsmitglied Kubilius spricht sich für ein ehrgeiziges Vorgehen aus, beispielsweise in Form eines Plans für die industrielle Produktion, in dem klare Ziele und Fristen festgelegt sind, damit gemeinsame Kapazitätslücken durch eine Steigerung der Produktionskapazitäten der Verteidigungsindustrie der EU geschlossen werden. Daher muss eine Einigung über die gemeinsame und umgehende Bereitstellung der benötigten

Verteidigungsausrüstung erzielt werden. So hätte die Industrie einen besseren Eindruck von der gesammelten Nachfrage für mögliche künftige Aufträge, wodurch wiederum Investitionsentscheidungen erleichtert würden.

Drittens ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die beiden genannten Punkte auf eine solide Finanzierung stützen. Die fehlende industrielle Produktion ist Finanzierungsdefiziten zuzuschreiben. Allein im Draghi-Bericht heißt es, dass in den nächsten zehn Jahren zusätzliche Verteidigungsinvestitionen in Höhe von schätzungsweise 500 Mrd. EUR erforderlich sein werden. Bereits 2025 müssen innovative Finanzierungsoptionen freigegeben werden, und der Schlüssel für mehr Investitionen liegt darin, die Europäische Investitionsbank und Privatbanken davon zu überzeugen, dass sie ihre Vorgehensweise überarbeiten und in europäische Verteidigungsunternehmen investieren.

An der Diskussion beteiligten sich Klaus Hänsch, Präsident des VEM, Riho Terras, MdEP und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments, Captain Abel Romero Junquera, Analytiker des spanischen Instituts für strategische Studien, Jürgen Meindl, österreichischer Botschafter bei der NATO, und François Arbault, Verteidigungskoordinator der GD DEFIS. Die abschließenden Bemerkungen kamen von Edit Herczog, ehemaliges MdEP.

François Arbault

In schwierigem Fahrwasser – die EU als Garant für maritime Sicherheit und Verteidigung

Derzeit wird die europäische Sicherheits- und Verteidigungslandschaft sowohl von den Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg als auch von der Unsicherheit vor der neuen US-Regierung und deren Konsequenzen für die Verteidigung des Hoheitsgebiets der EU dominiert.

Ungeachtet dieser Gegebenheiten muss darauf hingewiesen werden, dass Europa für seine Wirtschaft und seinen Fortschritt auf die Meere angewiesen ist und daher von der maritimen Geopolitik ganz unmittelbar betroffen ist. So werden 90 % des Außenhandels der EU auf dem Seeweg abgewickelt. Die Sicherheit der Schifffahrtsrouten und Meeresräume ist daher für den Wohlstand und die eigene Sicherheit Europas von wesentlicher Bedeutung. Die Freiheit der Schifffahrt, die manchmal für selbstverständlich gehalten wird, ist für die EU gar entscheidend.

Alfred Thayer Mahan, der Vater der maritimen Geopolitik, verknüpfte den Fortschritt und die Macht einer Nation mit ihrer Fähigkeit, Handel zu treiben. Er vertrat die Ansicht, dass eine Waren produzierende und Handel treibende Nation mit einer Handelsflotte und einer Kriegsmarine ausgestattet sein sollte. Letztere kann für den Schutz dieser Nation und die Freiheit der Schifffahrt sorgen. In den vergangenen 100 Jahren sind die Vereinigten Staaten, die eine globale hegemoniale Seemacht sind, dieser Theorie treu geblieben.

Die derzeitige geopolitische Lage ist von Multipolarität geprägt, in der die amerikanische Hegemonie bröckelt und der Multilateralismus, der Teil der DNS der EU ist, an Bedeutung verliert. Die Großmächte treten nämlich wieder immer mehr in Konkurrenz zueinander. Sowohl China als auch Russland versuchen, die derzeitige Weltordnung so zu beeinflussen, dass sie ihren Interessen dienen. Sie streben danach, Normen wie das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) zu ändern, sodass Meeresräume mit zunehmenden geopolitischen Spannungen wie das Südchinesische Meer oder das Nordpolarmeer zu Gebieten von vorrangigem Interesse für die EU werden.

China will das Südchinesische Meer aus historischen Gründen kontrollieren und versucht, sowohl seine umfangreichen Ressourcen zu nutzen als auch die Schifffahrtswege durch diese Gewässer zu kontrollieren, in denen 40 % des Außenhandels der EU abgewickelt werden. Neben seinen unbestreitbaren unternehmerischen Fähigkeiten verfügt China auch über eine bedeutende Handelsflotte, auf die mehr als die Hälfte der weltweiten Tonnage entfällt. Die chinesische Kriegsmarine ist außerdem nach der US Navy die zweitgrößte der Welt. Dies ist die Lehre von Mahan in Reinkultur.

In der Arktis wird der Zugang zu Energie- und Mineralressourcen sowie die Nutzung bisher unpassierbarer Schifffahrtsrouten durch die Eisschmelze ermöglicht. Russland strebt danach, die Freiheit der Schifffahrt auf der nordöstlichen Route zu kontrollieren, unter anderem durch eine „Revision“ der bestehenden Standards (UNCLOS).

In diesem Fall mangelt es der EU – einer Wirtschaftsmacht mit den weltweit größten Schifffahrtsunternehmen – an der Fähigkeit, Schifffahrtsrouten zu schützen. Dies hat aber in

den vergangenen Jahrzehnten weder in Brüssel noch in den anderen europäischen Hauptstädten jemanden sonderlich beunruhigt. In den europäischen Sicherheitsstrategien und dem Strategischen Kompass, in denen die Rolle der EU als globaler Akteur hervorgehoben wird, werden die maritimen Herausforderungen zudem kaum behandelt. Darüber hinaus liegt der Fokus der EU-Strategie für maritime Sicherheit – bei der sich die EU selbst als globaler Garant von maritimer Sicherheit definiert – im Wesentlichen auf Polizeieinsätze und Bedrohungen durch nichtstaatliche Akteure (Piraterie, illegaler Handel, Terrorismus), nicht aber auf den neuen geopolitischen Realitäten einer Bedrohung durch andere Staaten. Auch in den kürzlich angenommenen Strategien für den indopazifischen Raum und die Arktis werden die aktuellen geopolitischen Herausforderungen nicht behandelt, was möglicherweise auf fehlende Bereitschaft (Konsens zwischen den Regierungen) sowie fehlende Kapazitäten (Schiffe) zurückzuführen ist.

In der laufenden Debatte über Sicherheit und Verteidigung in Europa sollten maritime Herausforderungen und Bedrohungen eine Priorität sein – insbesondere solche, die von Staaten ausgehen, die die Freiheit der Schifffahrt bedrohen. Europa muss seinen Beitrag zur Sicherheit der Schifffahrtsrouten leisten und verhindern, dass die EU, die derzeit nicht in der Lage ist zu reagieren, plötzlich mit einseitigen Maßnahmen vonseiten revisionistischer Mächte konfrontiert wird.

C. N. Abel ROMERO JUNQUERA

Captain and Analyst of the Spanish Institute for Strategic Studies (IEEE) of the Spanish Ministry of Defense (received)

EU-Sicherheitspolitik aus dem Blickwinkel eines neutralen EU-Mitgliedstaates

In wenigen Wochen feiert Österreich 30 Jahre EU Mitgliedschaft und 30 Jahre Partnerschaft mit der NATO. Ich möchte dies zum Anlass nehmen einige Einschätzungen mit Ihnen zu teilen. Die Neutralität hat in der Vergangenheit in vielen europäischen Staaten eine zentrale Rolle gespielt und tut dies auch heute noch – nicht nur in Österreich.

Die Verteidigungspolitik und Sicherheitspolitik Österreichs ist Teil eines Puzzles in dem Gemenge der vielen europäischen Verteidigungsstrategien. Bewusst spreche ich im Plural, denn neben NATO und dem Aufbau der EINEN europäischen Sicherheitspolitik gibt es ja noch viele militärische Traditionen.

Die NATO hat wieder Saison. Wie lange sie währt? Das ist freilich ungewiss. Wie es auch ungewiss ist, in welcher Form sie oder die EU die neue Weltsicherheitsarchitektur mitbestimmt.

Eines ist aber gewiss. Dogmen haben in Strategien wenig zu suchen. Sie verhindern eine Flexibilisierung und lassen Niederlage und Enttäuschungen zurück.

So wie die militärische Neutralität Österreichs zu seiner Verfassung gehört, gehört aber auch das „Durchwursteln“ durch politische Krisen seit dem 19. Jahrhundert zu unserer politischen Realität.

Österreich ist ein Synkretismus von Optionen, die es eigentlich nicht geben dürfte. Und wenn ich nun sage, ich fürchte, die EU hat sich durch ihre Erweiterungen ein wenig „verösterreichert“, dann halte ich das für gut. Reine Lehren haben einen Charme, der auch unveränderlichen Doktrinen anheim ist. Es fühlt sich kurzfristig tatsächlich gut an, zu den Auserwählten zu gehören. Die Niederlagen, die sich daraus ergeben, tun es nicht.

Neutralität darf nicht mit Passivität verwechselt werden. Neutralität heißt auch nicht - keine Position zu beziehen. Mehr als 25.000 österreichische SoldatInnen und Soldaten haben an NATO Missionen – im Kosovo, in Afghanistan oder aktuell im Irak teilgenommen oder nehmen teil.

Seit 2006 haben mehr als 40.000 öst. Soldaten an Internat. Einsätzen teilgenommen. Einige haben dies mit ihrem Leben bezahlt!

Die Dominanz des Westens, die über Jahrhunderte weg bestand, wurde in den letzten 25 Jahren erheblich geschwächt. Europa erwirtschaftet heute weit weniger weltweit als zuvor. Diese Entwicklungen erfordern auch ein Umdenken in der Sicherheitspolitik.

Europa steht unter enormen Druck. Wir müssen wieder lernen längerfristig strategisch zu denken, die bereits vorhandenen Strategien und Ideen zulassen und umsetzen.

Denn ohne Reformen – und die können auch schmerzhaft sein – wird es nicht gehen.

In der EU und auch in der NATO sollten wir auch wieder lernen – auch bei unterschiedlichen Positionen – aufeinander zuzugehen. Miteinander zu diskutieren, einander zuzuhören.

Hier ist durchaus Selbstkritik gefragt und dies gilt auch für die EU Kommission. Etwas mehr Realismus könnte auch helfen! Leadership ist gefragt. Mehr Mut! Mehr Offensive statt Defensive.

Und vor allem Einigkeit: wenn wir uns jetzt - bei aller Unterschiedlichkeit – nicht gemeinsam dazu aufraffen – dann werden die Kritiker und Skeptiker leider recht behalten.

Ein Beispiel für die gelungene Krisenbewältigung der EU und NATO hat unmittelbar mit unserem Kontinent zu tun. Es konnte eine neue Sicherheitsarchitektur am Balkan aufgebaut werden. Ja, sie ist fragil, aber sie ist nicht mehr so mörderisch.

Die Lage bleibt angespannt, aber viele Westbalkanstaaten sind mittlerweile Mitglieder in der NATO oder der EU – oder wollen es werden.

Für jene im Wartezimmer ist die Europäische Union immer noch ein Ort der Sehnsucht.

Weil sich jedoch die Beitrittsdaten dieser Staaten immer weiter hinausschieben, verschieben sich ständig die Gewichte und historische Chancen könnten verpasst werden.

Wenn wir nicht jetzt rasch und mutig am Westbalkan – wissend um die Defizite in diesen Ländern – handeln - riskieren wir eine weitere Generation zu verlieren. Andere Mächte stehen schon vor der Tür und werden unseren Platz einnehmen.

Wir müssen es schaffen, die Idee der konkreten Freiheit mit jener der Sicherheit zu koppeln. Und wir dürfen nicht zulassen, dass Freiheit und Sicherheit gesellschaftlich als Antagonismen verstanden werden. Wir müssen aber auch klarmachen, dass Freiheit mehr ist, als zwischen umfangreichen Warenangeboten in Supermärkten zu entscheiden und ein bequemes Leben zu führen.

Wir müssen die gegenwärtigen Krisen und Kriege für Investitionen, mutige, rasche Reformen und Interventionen und für Diplomatie nutzen.

Jürgen Meindl Austrian Ambassador to NATO

Der nötige Weckruf für die parlamentarische Dimension der Verteidigungspolitik

Über Jahre, sogar Jahrzehnte hinweg hatten Verteidigungsfragen keinen wirklichen Platz im Europäischen Parlament. In einem europäischen Projekt, bei dem wirtschaftliche, industrielle und handelsbezogene Themen im Mittelpunkt standen, wurden sie zu Beginn nicht erwähnt. Erst ganz am Ende der 1990er-Jahre wurden diese Themen sehr behutsam und nicht ohne Vorbehalte angegangen, und zwar durch die Einrichtung des damaligen Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) innerhalb des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Diese parlamentarische Herabstufung war aufgrund des stark zwischenstaatlichen Charakters der Verteidigungspolitik nicht ganz ungerechtfertigt. Die 1999 eingeleitete, zurückhaltende „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) wuchs 2009 zur ambitionierteren „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) heran. Bei ihrer Festlegung und Umsetzung wurden die nationalen Regierungen in den Mittelpunkt gerückt, obwohl Koordinierungsmechanismen unter der Leitung des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik einen höheren Stellenwert erhielten.

Die Empfindlichkeit der Mitgliedstaaten im Hinblick auf dieses Thema, bei dem Souveränität eine große Rolle spielt, ist jedoch nicht der einzige Grund, warum das Parlament ihm zu lange Zeit keine Aufmerksamkeit schenkte. Als politische Versammlung, die den Sorgen der Bürger und den Prioritäten der Parteien Rechnung trägt, hat das Europäische Parlament in den Jahren des Friedens auf unserem Kontinent lediglich die relative Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinungsträger und der politischen Leitfiguren gegenüber jeglicher geopolitischen Frage übernommen. Die Außenpolitik wurde im Wesentlichen aus der Sicht der Moral und der Verteidigung universeller Werte betrachtet, ohne wirklichen Willen, sich mit brutaleren Machtverhältnissen auseinanderzusetzen, ganz zu schweigen von intensiven bewaffneten Konflikten. Die europäische Verteidigungspolitik beruht hauptsächlich auf dem Konzept des „Krisenmanagements“, das mit den Kriegen, mit denen wir heute konfrontiert sind, nur mehr wenig zu tun hat.

Ohne tatsächliche Zuständigkeiten und ausgeschlossen vom Entscheidungsprozess sahen sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments, bis auf ein paar Ausnahmen, nicht dazu veranlasst, Fachwissen für Verteidigungsfragen zu entwickeln. Die Mitgliedschaft im Unterausschuss wurde bis vor kurzer Zeit relativ diskret behandelt und die vorgelegten Texte waren uneinheitlicher Natur. Sie reichten von großen kaum umsetzbaren Grundsatzklärungen bis hin zu ausführlicheren Berichten, die für die Entscheidungsträger der Mitgliedstaaten jedoch unerheblich waren. Die parlamentarische Dimension der europäischen Verteidigungspolitik blieb gefangen in einem Teufelskreis aus fehlenden Befugnissen, dem Desinteresse der Gewählten und der Geringschätzung durch nationale Entscheidungsträger.

Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 erleben wir nun eine echte Revolution, im wahrsten Sinne des Wortes, denn seit diesem Zeitpunkt ist keine einzige Plenartagung des Europäischen Parlaments vergangen, bei der die Verteidigung nicht – direkt

oder indirekt – ein Hauptthema war. Um auf diese neue geopolitische Situation zu reagieren, wurden die Möglichkeiten aller gemeinschaftlichen Mittel ausgeschöpft: von der Lieferung militärischer Ausrüstung an die Ukraine über alle Dimensionen des Schutzes unserer kritischen Infrastruktur bis hin zur Finanzierung der europäischen Verteidigungsindustrie. Das Parlament musste Schritt halten mit der zunehmenden Bedeutung von Themen, zu denen es sich vorher üblicherweise nicht geäußert hat.

Angesichts dieser grundlegenden Veränderung, die auf die nachhaltige Verschlechterung unseres strategischen Umfelds zurückzuführen ist, muss die Europäische Union sich weiterentwickeln. Bereits die Tatsache, dass aus dem Unterausschuss ein eigener Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung wurde, ist mehr als nur ein Symbol. Diese qualitative Veränderung muss inhaltlich mit der Behandlung von mehr legislativen Texten, die bislang anderen Ausschüssen des Parlaments zugewiesen wurden, einhergehen.

Die gewählten Vertreter im neuen Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) müssen dieses Engagement zur Priorität machen, sowohl mit Blick auf die investierte Zeit als auch mit Blick auf das entwickelte Fachwissen. Schließlich müssen die Berichte und Stellungnahmen realistisch und umsetzbar sein. Außerdem sollen sie zeigen, dass es sich nicht nur um Sammlungen guter Absichten handelt, die keinen Einfluss auf die Politik haben, weil sie von den Entscheidungsträgern abgekoppelt sind. Wir haben es hier mit einer Aufgabe zu tun, von der die Glaubwürdigkeit des Parlaments in diesem neuen Zuständigkeitsbereich abhängt. Institutionelles Kräfteressen und Beschwörungen reichen nicht aus, um ein wirksamer Akteur im Bereich der Verteidigungspolitik zu werden und um sich Gehör und Respekt zu verschaffen. Es bedarf seriöser Empfehlungen und eines seriösen Abstimmungsverhaltens, verbunden mit dem gleichzeitigen Bewusstsein für den Ernst der Lage und das notwendige institutionelle Gleichgewicht, damit die Mitglieder des Europäischen Parlaments das Vertrauen der Bürger, der Mitgliedstaaten und der Kommission gewinnen. Mehrere Initiativen, vor allem zur Politik im Bereich der Verteidigungsindustrie, werden dem Parlament bald die Möglichkeit bieten, zu zeigen, dass es sich der neuen Herausforderungen in vollem Umfang bewusst ist. Vor uns liegt eine neue Ära, und es liegt an unseren aktiven Kolleginnen und Kollegen, dieser gerecht zu werden!

Arnaud Danjean

Zur Verteidigung bereit zu sein, um den Frieden zu erhalten – Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem jährlichen VEM-Seminar zum Thema „EU-Sicherheit und -Verteidigung: Aufkommende Bedrohungen und Strategien für eine widerstandsfähige Zukunft“, das am 4. Dezember 2024 stattfand

Von Edit HERCZOG, ehemaliges MdEP aus Ungarn und Mitglied des VEM

Das jährliche VEM-Seminar am 4. Dezember war sowohl umfassend als auch zeitgemäß und legte die anstehenden politischen und militärischen Herausforderungen dar.

Das Seminar wurde von Klaus Hänsch, Präsident des VEM und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, eröffnet, der das Publikum an das Ziel der EU erinnerte, Frieden und Wohlstand für ihre Mitgliedstaaten und deren Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Dieses Ziel sei lange Zeit durch Friedensmissionen und Instrumente zur Friedenskonsolidierung gesichert worden, während militärische und verteidigungspolitische Fragen der NATO und den Mitgliedstaaten selbst überlassen worden seien.

Tempora mutantur, nos et mutamur in illis

Nach der Eröffnung durch den Präsidenten sprachen drei hochrangige Redner über die sich verändernden Zeiten und darüber, wie auch wir uns mit ihnen verändern. Die Redner setzten den Beginn des Wandels jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten an. Riho Terras, MdEP aus Estland und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE), war der Ansicht, dass wir seit dem russischen Einmarsch in Georgien im Jahr 2008 in einer neuen Realität leben, während die anderen Redner den Beginn in der Annexion der Krim im Jahr 2014 oder sogar im russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 sahen.

In diesem Zusammenhang habe das Europäische Parlament bereits früh vor diesen Entwicklungen gewarnt. So hätten MdEP, einschließlich Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, bereits vor vielen Jahren zum Handeln aufgerufen. Dies habe im Jahr 2014 zur Einsetzung des SEDE-Unterausschusses im Europäischen Parlament geführt. Im Januar 2025 habe dieser dann den Status eines vollwertigen Ausschusses erhalten. Robert Goebbels, ein weiteres Mitglied des VEM, habe sich bereits 2019 in der 69. Ausgabe des Bulletins des VEM für eine neue „Helsinki-Konferenz“ ausgesprochen.

Da der Zeitpunkt des Beginns des Wandels zur Debatte stand, gab es auch unterschiedliche Ansichten über die Aktualität, den Umfang und das Ausmaß der Reaktion der EU.

Das MdEP Riho Terras betonte, wie wichtig Vorsorge sei, und erläuterte den Unterschied zwischen politischen und militärischen Begriffen und Einstellungen. Der Politik gehe es darum, Risiken zu mindern, während das Militär für das Eintreten des schlimmsten Fall vorsorgen müsse. Ihre Wahrnehmung der Vorsorge unterscheide sich. Als Berichterstatter gab er Einblicke in eine Entschließung zu kritischen Technologien für Sicherheit und Verteidigung.

Ein weiterer hochrangiger Redner, Abel Romero Junquera, Kapitän zur See und Analytiker des spanischen Instituts für strategische Studien (Instituto Español de Estudios Estratégicos – IEE) des spanischen Verteidigungsministeriums, erläuterte dem Publikum, dass erhebliche Investitionen erforderlich seien, um die EU als globalen Garanten für maritime Sicherheit und Verteidigung im indopazifischen und arktischen Raum zu stärken. Er vertrat die Ansicht, dass wir alle eine falsche Vorstellung von Nähe und Distanz hätten. In der Tat liege das Südchinesische Meer sehr nahe, wenn wir uns eine mögliche Unterbrechung des Handels

zwischen der EU und Asien vorstellten. Unterdessen erlebten wir in der Ostsee immer wieder Zwischenfälle mit Energie- und digitalen Unterwasserinfrastrukturen.

Jürgen Meindl, österreichischer NATO-Botschafter, hob die strategische Bedeutung eines gemeinsamen Handelns der EU für alle Länder hervor, insbesondere aber für Österreich, das EU-Mitgliedstaat, aber kein NATO-Mitglied ist. Er erläuterte die Herausforderung, den gesellschaftlichen Diskurs über die Neutralität anzupassen, und rief dazu auf, die strategische Autonomie der EU zu stärken und gleichzeitig die Einheit der NATO zu wahren.

Abschließend führte François Arbault, Verteidigungskoordinator in der Generaldirektion Verteidigungsindustrie der Europäischen Kommission, die Maßnahmen der Kommission seit 2014 auf, nachdem Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärt hatte, dass die EU auf eigenen Beinen stehen müsse. Im Rahmen der Vorbereitung des derzeitigen MFR sei 2017 der Europäische Verteidigungsfonds eingerichtet und die zivile Sicherheitsforschung in Horizont Europa aufgenommen worden. Heute verfolge die EU drei gemeinsame Ziele: die Unterstützung der Ukraine, die Beschaffung von Munition (Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion) und die Unterstützung der europäischen Verteidigungsindustrie. Innerhalb des derzeitigen Mandats solle die Reaktion der EU innerhalb der im Vertrag festgelegten Beschränkungen und Haushaltszwänge gestaltet werden.

Im Anschluss an die Präsentationen fand ein Meinungs austausch mit vielen Fragen und Anmerkungen aus dem Publikums statt.

Ich durfte einige abschließende Bemerkungen machen. Dabei betonte ich, dass die EU ihre Neigung, wegzuhören, wegzusehen und zu schweigen, nicht länger aufrechterhalten könne. Es sei an der Zeit, zur Verteidigung bereit zu sein, um den Frieden zu erhalten, auch unter Nutzung unseres Binnenmarktes.

Edit Herczog